„Sozialarbeit lebt ja davon, dass man vor Ort ist“

Dass die Sozialarbeiter nicht zurück in die Flüchtlingsunterkunft müssen, stößt bei der Politik auf Kritik

BURGDORF (tal). Ein Sozialarbeiterteam der Stadt Burgdorf muss nach den dramatischen Ereignissen rund um einen Bewohner nicht an seinen Arbeitsplatz in Burgdorfs größter Flüchtlingsunterkunft zurückkehren. Die Stadt Burgdorf habe als Arbeitgeberin – auch in Würdigung der Fürsorgepflicht – entschieden, die Mitarbeitenden nicht zur Tätigkeit in der Unterkunft zu verpflichten. Mitarbeitende, die ihre Arbeit nicht wieder in der Unterkunft aufgenommen hätten, arbeiteten im Rathaus und seien dort für ihre Klienten erreichbar. Von dem fünfköpfigen Team haben sich bisher nur zwei Mitarbeiter dazu entschieden, wieder in der Unterkunft zurückzukehren. Die anderen drei arbeiten im Rathaus.

In der Unterkunft arbeiten nach Angaben der Verwaltung demnach gegenwärtig zwei Sozialarbeiter mit je einer Vollzeitstelle. Ihnen stehen in der Einrichtung insgesamt 124 Geflüchtete gegenüber. Zum Vergleich: In Hannover arbeiten nach Angaben eines Sprechers in allen regulären Flüchtlingsunterkünften Sozialarbeiter – im Schnitt von 8.30 bis 16.30 Uhr. Auf 33 Geflüchtete komme dabei in Wohnheimen vergleichbarer Größe ein Sozialarbeiter.

Im August hatte die Stadt die Sozialarbeiter aus Burgdorfs größter Unterkunft für Geflüchtete abgezogen, um sie vor Bedrohungen eines Bewohners zu schützen. Bei dem Bewohner handelte es sich nach Medieninformationen um den Iraker Mustafa A. Ende September soll der 32-Jährige seine Freundin Natascha G. erstochen haben. Mustafa A. ist mittlerweile wegen des Verdachts einer psychischen Erkrankung in der Psychiatrie untergebracht.

Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete Vor dem Celler Tor in Burgdorf: Nur zwei der fünf zuständigen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind vor Ort. Foto: Christian Elsner

Ende November beschloss der Burgdorfer Rat, dass der bereits eingesetzte Sicherheitsdienst in der Unterkunft für weitere sechs Monate rund um die Uhr fortgeführt wird. Teil des Beschlusses ist es, dass die Sozialarbeitenden schnellstmöglich in die Unterkunft zurückkehren sollen. Dass genau das nun nicht der Fall ist, stößt bei der Politik auf entsprechende Kritik. „Da habe ich überhaupt kein Verständnis für“, sagt FDP-Fraktionschef Mario Gawlik. „Unsere Erwartungshaltung war immer, dass die Sozialarbeiter zurückkehren. Gerade vor dem Hintergrund, dass ein Sicherheitsdienst vor Ort ist, kann ich die Entscheidung nicht verstehen.“ Der wesentliche Verursacher für den Stress in der Unterkunft „sitzt ja jetzt ein“, so Gawlik.

„Sozialarbeit lebt ja davon, dass man vor Ort ist“, sagt auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Gerald Hinz. „Es ist insgesamt nicht nachvollziehbar, dass man da so nachgiebig ist.“ Er selbst habe bis zur Corona-Pandemie im Begegnungscafé für Geflüchtete mitgearbeitet. Dabei habe er den Eindruck gewonnen, dass eine enge Beziehung zwischen Bewohnern und Sozialarbeitern bestehe. „Das kann man nicht aufbauen, wenn man im Rathaus ist“, so Hinz.

Ähnlich sieht es der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Klaus Köneke. Zwar wolle er „die Bedenken nicht vom Tisch wischen“. Die Vorstellung, dass jemand als Flüchtlingssozialarbeiter tätig sei, aber nicht in der Unterkunft arbeite, finde er dennoch seltsam. „Ich meine, dass man Probleme nur dann erkennen kann, wenn man vor Ort ist“, so Köneke. „Wenn man die Leute ins Rathaus kommen lässt, erfährt man immer nur einen Ausschnitt.“ Er befürchtet zudem, dass gerade diejenigen, die Aufmerksamkeit benötigten, so durchs Raster fielen. „Wenn ich sage, kommt ins Rathaus, dann erwische ich diejenigen, die eigentlich keine Probleme machen.“

Auch der Fraktionsvorsitzende der Linken, Michael Fleischmann, sagt: „Sozialarbeit muss man am Menschen selbst machen, das geht nicht aus dem Homeoffice.“ Das sieht auch sein Parteikollege Jörgen Wendt so. „Die Sozialarbeiter müssen zurückkehren“, findet er. Gleichzeitig macht er aber auch deutlich, dass Sozialarbeit nicht ausreiche, um Gewaltproblemen entgegenzuwirken.

Die Linken haben eine Resolution gegen Gewalt in Flüchtlingsunterkünften eingebracht. Ein Punkt auf der Liste ist etwa, dass Menschen, die wegen Gewalttaten auffällig geworden sind, nicht mehr in Flüchtlingsunterkünften wohnen sollen. Wendt war Betreuer von Natascha G. „Mehr Sozialarbeit hätte bei Mustafa A. nichts gebracht“, ist er überzeugt.

Verständnis für die Entscheidung der Stadt, die Sozialarbeitenden nicht zurück in die Unterkunft zu schicken, können die Grünen aufbringen. Cord Steinbeck-Behrens hat sich als Mitglied des Sozialausschusses viel mit dem Thema auseinandergesetzt. Auch sein erster Impuls sei gewesen, dass es sinnvoll sei, wenn die Sozialarbeitenden vor Ort arbeiteten.

Doch als die Sozialarbeitenden im Ausschuss selbst zu Wort kamen, habe er einen anderen Eindruck bekommen. „Sie haben deutlich gemacht, dass es gar nicht den Mehrwert bietet“, so der Grünen-Politiker. Wenn diejenigen, die die Arbeit machten, es so einschätzten, dass sie dafür nicht vor Ort sein müssten, „dann müsste ich erst einmal einen Gegenbeweis finden“. Vorteil der jetzigen Situation sei zudem, dass die Geflüchteten so lernten, die Unterkunft zu verlassen. „Das ist ja auch ein Mehrwert“, so Steinbeck-Behrens.

17769701_002624